



II-1922 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr
Pr. Zl. 5906/23-1-1976

885/AB

1977-02-09
zu 878/1

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg. Dr. Feurstein, Dr. Blenk, Hagspiel und Genossen, Nr. 878/J-NR/1976 vom 1976 12 14: "Ausscheiden von 23 Nachwuchskräften bei der Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg im Bundesland Vorarlberg".

Ihre Anfrage erlaube ich mir, wie folgt zu beantworten:

Zu 1:

Von der Post- und Telegraphenverwaltung wurden im zweiten Halbjahr 1976 zur Befriedigung eines dringenden Zusatzbedarfes befristet bis zum Jahresende Aushilfskräfte eingestellt. Alle diese Bediensteten haben ausdrücklich schriftlich zur Kenntnis genommen, daß mit einer Verlängerung ihres Dienstverhältnisses über den 31. Dezember 1976 hinaus nicht gerechnet werden kann.

Der Großteil von ihnen ist ledig und ohne Kinder und war zum Teil schon in den Vorjahren kurzfristig bei der Post als Aushilfskraft beschäftigt. Das Ausscheiden dieser Kräfte bedeutet daher keinesfalls eine Entlassung von Nachwuchskräften, sondern das automatische Auslaufen von befristeten Dienstverhältnissen. Auch die Post- und Telegraphenverwaltung ist, so wie andere Betriebe mit starken Spitzenbelastungszeiten im Arbeitsanfall genötigt, dafür Aushilfspersonal aufzunehmen. Sollte es zu sozialen Härtefällen kommen, so ist die Post- und Telegraphenverwaltung im Rahmen des Dienstpostenplanes selbstverständlich bemüht, solche zu vermeiden. Im gegenständlichen Fall wurde zwei von den 23 Bediensteten, die für Kinder zu sorgen haben, das Dienstverhältnis, vorerst bis Ende März 1977, verlängert.

Zu 2:

Die Vermittlung von Arbeitsplätzen ist Sache der Arbeitsmarktverwaltung. Diese hat mitgeteilt, daß zur Jahreswende in Vorarlberg ca. 200 Arbeitsplätze zur Verfügung standen und sie sich daher diesbezüglich mit den ausgeschiedenen Kräften in Verbindung setzen werde.

Zu 3:

Ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht für sieben Bedienstete; inwieweit diese die Unterstützung ansprechen, kann nur von der Arbeitsmarktverwaltung beantwortet werden.

Zu 4:

12 der ausgeschiedenen Kräfte hatten keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben. Zwei weitere Beschäftigte haben am 3. Jänner 1977 die Ableistung des ordentlichen Präsenzdienstes beim Bundesheer angetreten.

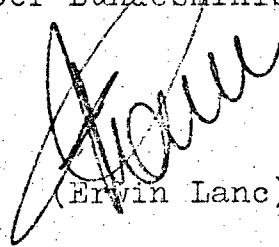
Zu 5:

Von einem Postbediensteten wurden im Jänner 1977 in Vorarlberg im Durchschnitt etwa 15 Überstunden geleistet.

Zu 6:

An eine Einschränkung des Dienstbetriebes ist nicht gedacht.

Wien, 1977 02 03
Der Bundesminister:



Erwin Lanc)